

Wie viel Religion verträgt der Staat?



Hohenlimburger Themapredigten 2010

Eine Publikation der Ev. Stadtkirchenarbeit Hohenlimburg
„Bildung und Orientierung“ - August 2010

Im vorliegenden Heftchen sind zunächst zwei Predigtvorträge wiedergegeben, die im Rahmen der diesjährigen Themagottesdienste gehalten wurden. Der erste Predigtvortrag stammt von Sigrid Reihls aus Schwerte. Sie war im Sozialwissenschaftlichen Institut der Ev. Kirche in Deutschland beschäftigt sowie als Landessozialpfarrerin der Ev. Kirche von Westfalen tätig. Zur Zeit unterrichtet Pfarrerin Reihls an einem Berufskolleg in Ennepetal.

Ausgehend von der umstrittenen Afghanistan-Äußerung, die Margot Käßmann als damalige EKD-Ratsvorsitzender in ihrer Dresdner Neujahrspredigt getätigt hatte, behandelt der Beitrag die Frage, inwiefern Predigten mit politischem Inhalt sinnvoll und notwendig sind.

Mein Predigtvortrag nimmt seinen Ausgang von dem öffentlichen Bedeutungsgewinn, den Religion in jüngster Zeit erfahren hat, sowie von der Kritik an eben dieser Entwicklung.

Aus der Unterstellung, Religion sei von Natur aus intolerant und neige dazu, die Harmonie einer modernen Gesellschaft mit Konflikten zu stören, leitet sich die Forderung ab, Religion aus dem öffentlichen Raum zu bannen und in die Privatsphäre des Einzelnen zu drängen. Der Predigtvortrag will begründen, warum dies der Religion, dem Staat und der Gesellschaft nicht gut täte.

Der dritte Predigtbeitrag in diesem Heft stammt aus der Adventszeit 2009 und zeigt, dass in der reformierten Kirche die politisch relevante Verkündigung nicht nur eine lange Tradition, sondern auch einen aktuell hohen Stellenwert genießt. Anlass waren diverse Artikel in den Feuilletons überregionaler Zeitungen und Magazine gewesen, in denen den materiell Bedürftigen im Lande die sozialstaatliche Ausbeutung von Begüterten zum Vorwurf gemacht und im Zuge dessen zum Entzug der Solidarität aufgerufen worden war.

An dieser Stelle danken ich allen, die sich am Gelingen der diesjährigen Themagottesdienste beteiligt haben, den Zuhörern ebenso wie den Teilnehmern an den Gesprächsrunden nach den Gottesdiensten.

Hohenlimburg, im August 2010

Dr. Thorsten Jacobi

Pfarrerin Sigrid Reihls

Der gesellschaftliche Auftrag der Kirche - der Fall Margot Käßmann

Liebe Schwestern und Brüder,

wenn man bzw. frau dazu eingeladen wird, anlässlich einer besonderen Predigtreihe in Hohenlimburg eine Predigt zu halten, dann mischen sich in der Regel verschiedene Gefühle.

Da gibt es natürlich Anerkennung, Freude und Wertschätzung für das, was durch diese Predigtreihe schon seit einigen Jahren hier geleistet wird; da gibt es Erinnerungen an zahlreiche Diskussionen, in denen es um nichts anderes ging als um den gesellschaftspolitischen Auftrag der Kirche, Fragen von sozialer Gerechtigkeit in der Kirche zur Sprache zu bringen und zugleich die Kirche zur „Posaune“ dieser sozialen Gerechtigkeit zu machen – und zwar nicht nur als sozialetische Anforderung, sondern als einer explizit theologischen Herausforderung in der Tradition von Ps. 85: Gott ist ein Gott der sozialen Gerechtigkeit oder er ist eben nicht mehr Gott.

Daneben bringt aber eine solche Anfrage zu einer Predigt im Rahmen dieser Predigtreihe Verantwortung und Verpflichtung mit sich. Das hat damit zu tun, dass einem - in diesem Falle - mir eine öffentliche Stimme verliehen und zugebraut wird – und ich wäre, fürchte ich, keine Protestantin, wenn ich dies nicht wahrnehmen würde. In der Einladung zum heutigen Themagottesdienst steht „Über das Verhältnis von Staat und Kirche - der Fall Margot Käßmann“.

Mit der Frage nach dem Verhältnis von Staat und Kirche und dem ausdrücklichen Hinweis auf die Person der ehemaligen Ratsvorsitzenden der EKD geht es darum, zu prüfen, wie sich diese Beziehung zwischen Staat und Kirche in konkreten Problemfällen beschreiben lässt und wie dieses Verhältnis auch theologisch zu definieren ist. Im Zentrum steht dabei die Herausforderung, die Grundfrage nach dem Gottesdienst der Christen und Christinnen im Alltag der Welt zu stellen; im Grunde die Frage danach: wozu sind wir Christen da?

Ich möchte mich an dieser Stelle auf Exemplarisches beschränken: ein Schlaglicht möchte ich auf das Verhältnis von Staat und Kirche werfen und ein theologisches Such- bzw. Grubenlicht, das von der Lichtquelle der biblischen Tradition gespeist wird, aufstellen.

Erstes Schlaglicht: das Verhältnis von Kirche und Staat

In der jüngeren Kirchengeschichte gibt es einen breiten Strom der Auseinandersetzung um die Frage, ob die Kirche sich zu konkreten politischen Fragen äußern darf bzw. ob sie genügend Kompetenz hat, sich zu konkreten politischen Sachfragen zu äußern. Und diese Debatte entflammte wieder in der alten Stärke, als die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann in ihrer Neujahrspredigt zu Beginn dieses Jahres in Dresden neben vielen anderen Sätzen formulierte: „Nichts ist gut in Afghanistan.“ Mit diesem Satz hatte sie sich schnell den Zorn des Bundesverteidigungsministers zugezogen, des Bundeswehrverbandes, weiter Teile der politischen Klasse in diesem Land und auch einiger Teile der eigenen evangelischen Kirche – und ich will auch nicht verschweigen, dass die katholischen Geschwister sehr schnell dabei waren, zu betonen, dass sie in dieser Frage eine weit differenziertere Position einnehmen. Mit diesem einen Satz hatte die damalige Ratsvorsitzende offensichtlich einen empfindlichen Nerv in der deutschen Politik zu einem Zeitpunkt getroffen, als anscheinend niemand in der Lage war, den Charakter einer Predigt von einem politischen Statement zu unterscheiden.

In ihrer Predigt, in der sie die Jahreslosung für 2010 auslegte „Euer Herz erschrecke nicht – glaubt an Gott und glaubt an mich“, greift Margot Käßmann zu einer seelsorglichen Sprache, zu einer Sprache des Trostes und der Ermutigung. Nachdem sie in einigen Beispielen gezeigt hat, wovor Menschen in ihrem persönlichen Leben erschrecken, in Angst geraten und manchmal geradezu gelähmt sein können, zählt sie verschiedene Beispiele auf, in denen es um das Erschrecken im Blick auf die Welt geht.

„Nichts ist gut in Sachen Klima, wenn weiter die Gesinnung vorherrscht: Nach uns die Sintflut! Da ist Erschrecken angesagt und Mut zum Handeln, gerade nach dem Klimagipfel in Kopenhagen.“ Und dann kommt der folgenreiche Satz „Nichts ist gut in Afghanistan. All diese Strategien, sie haben uns lange darüber hinweggetäuscht, dass Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden.“ „Wir brauchen Menschen, die nicht erschrecken vor der Logik des Krieges, sondern ein klares Friedenszeugnis in der Welt abgeben, gegen Gewalt und Krieg aufbegehren und sagen: Die Hoffnung auf Gottes Zukunft gibt mir schon hier und jetzt den Mut von Alternativen zu reden und mich dafür einzusetzen. Manche finden das naiv.“ Und dann erzählt sie von dem Brief eines Bundeswehroffiziers, der ihr geschrieben habe und ihr unterstellte, sie könne wohl mit weiblichem Charme Taliban vom Frieden überzeugen. Sie schließt diesen Abschnitt ihrer Predigt mit der Erinnerung daran, dass vor zwanzig Jahren viele Menschen mit Kerzen, Gebeten und gewaltfreien Demonstrationen ein System zum Einsturz gebracht haben, von dem manche dachten, es sei für die Ewigkeit gemacht.

Ist die EKD-Ratsvorsitzende dafür da, in einer Predigt solche Sätze zu sagen? Ist sie dafür da, neben den Politikern von FDP und CDU auch beim Bundeswehrverband für Empörung zu sorgen und sich den Vorwurf anhören zu müssen, sie habe mit ihrer Predigt neue Frustrationen bei den deutschen Soldaten geschaffen? Hätte sie vor diesem Satz in ihrer Predigt das Gespräch mit den Soldaten über deren schwierige Aufgabe suchen sollen? Mit diesen Sätzen habe sie die in Afghanistan stationierten deutschen Soldaten im Stich gelassen, behauptet der Verbandsvorsitzende in einer ersten Reaktion.

Die Bundesregierung ging auf Distanz zur Ratsvorsitzenden und bemängelte – wenn auch sehr fein diplomatisch formuliert – doch zugleich klar, dass eine solche Äußerung den Respekt vor einer anderen Meinung vermissen lasse.

Es ist nicht schwer zu vermuten, dass diese kritischen Reaktionen aus dem Bereich der Politik und des Militärs nur formuliert werden konnten, weil auch von ihren Seiten eine Erwartung an das Reden und Handeln der Kirche zur

Unterstützung des eigenen Handelns im Raum steht. Auch für sie gibt es die Sehnsucht nach Bestätigung des eigenen Handelns durch die kirchliche Rede und das kirchliche Handeln. Auch politisches Handeln steht unter dem heimlichen Anspruch, nicht nur zum Wohl der Menschen zu sein, sondern auch zu ihrem Heil beizutragen.

Dies ist umso bedeutsamer, als die moderne politische Demokratie doch mit einer neuen Beziehungsstruktur zwischen Staat und Kirche verbunden ist. Diese sich in Deutschland erst in der Mitte des 20. Jahrhundert etablierende Staatsform gilt als eine zentrale Triebkraft zur Modernisierung der Gesellschaft, die dem traditionellen Verhältnis zwischen Staat und Kirche den Boden entzog. Mit den Ereignissen in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der früheren Sowjetunion seit 1989 und, früher noch, im Hinblick auf den Übergang von der Diktatur zur Demokratie in Argentinien, Chile, Brasilien und auf den Philippinen scheint heute der Gedanke des „nahen, unaufhaltsamen, allgemeinen Aufstiegs der Demokratie in der Welt“ so wahr wie nie zuvor.

Zur Charakterisierung dieser Entwicklung schrieb schon Mitte des 19. Jahrhunderts ein französischer Philosoph eine sehr differenzierte und kluge Analyse, die bis heute von unschätzbare Bedeutung auch für die theologische Reflexion ist: *„So groß und unerwartet die Ereignisse sind, die sich gerade vor uns abspielten – der Verfasser des vorliegenden Werkes darf für sich in Anspruch nehmen, dass er durch sie keineswegs überrascht worden ist. Dieses Buch wurde vor 15 Jahren im beständigen Banne eines einzigen Gedankens geschrieben: des nahen, unaufhaltsamen, allgemeinen Aufstiegs der Demokratie in der Welt. Wer es wieder liest, wird auf jeder Seite eine feierliche Warnung finden, die die Menschen daran erinnert, dass die Gesellschaft ihre Gestalt, die Menschheit ihre Lebensweise verändert und dass neue Schicksale sich vorbereiten.“* Diese These mag einem gerade heute sehr aktuell erscheinen, gerade weil Alexis de Tocqueville uns daran erinnert, dass die Macht allein eine neue Regierung nicht stützt; es bedarf der guten Gesetze.

Seine These besagt, dass sich keine Regierungsform von sich aus schon als gut und richtig erweist. Das bedeutet, dass die Staatsform der Demokratie eben nicht in sich schon eine ausreichende Möglichkeit der guten ethischen Orientierung trägt – nicht zuletzt deshalb, weil politisch eine Vielzahl von Problemen zur gleichen Zeit zusammentreffen und das politische Denken der Gegenwart atemlos machen.

Vielleicht ist es gerade aus diesem Grunde erforderlich, dass wir unter diesen Voraussetzungen in der Mitte unserer Gesellschaft uns einen unabhängigen öffentlichen Raum erlauben, in dem Fragen von richtig und falsch, von gut und böse bei politischen Entscheidungen, was legitim ist und was illegitim fortwährend diskutiert werden. Nur durch das unablässige Fragen und Beantworten der für alle relevanten Fragen in einer breiten Öffentlichkeit können – wie im Falle von Afghanistan – fehlende Legitimationen offengelegt werden und eine neue Bedeutung von politisch souveränen Entscheidungen hergestellt werden. In diesem Sinne hat die Neujahrspredigt von Margot Käßmann mit ihrer – wahrscheinlich so gar nicht beabsichtigten Bemerkung zu Afghanistan – nichts anderes getan, als der modernen demokratischen Kultur einen wichtigen Dienst erwiesen. Allein dies ist schon eine wichtige Funktion kirchlichen Redens und Handelns.

Es stellt sich jedoch ebenso die Frage, ob dies den eigenen theologischen Überzeugungen und den biblischen Traditionen entspricht. Darüber lade ich alle ein, mit mir gemeinsam in einem zweiten Teil der Predigt nachzudenken.

Zweites Schlaglicht: Biblisch-theologische Reflexionen

Das zweite Licht kommt von einem biblischen Text her, der eine außerordentlich belastete Wirkungsgeschichte hat. Paulus schreibt in seinem Brief an die Römer im 13. Kapitel einen Abschnitt, der sich mit der Beziehung der christlichen Gemeinde zu den politischen Gewalten beschäftigt:

Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott angeordnet. Wer sich nun der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt der

Anordnung Gottes; die ihr aber widerstreben, ziehen sich selbst das Urteil zu. Denn vor denen, die Gewalt haben, muss man sich nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes; so wirst du Lob von ihr erhalten. Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zugut. Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst: sie ist Gottes Dienerin und vollzieht das Strafgericht an dem, der Böses tut. Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen. Deshalb zahlt ihr ja auch Steuer; denn sie sind Gottes Diener, auf diesen Dienst beständig bedacht. So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt, Furcht, dem die Furch gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt.

Brief an die Römer 13,1-7

Gerade in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg ist dieser biblische Text immer wieder besonders lebhaft und widersprüchlich diskutiert worden. Seitdem Martin Luther in seiner Übersetzung diesem einzigartigen Briefabschnitt des Paulus die Überschrift „Die Stellung zur Obrigkeit“ gegeben hat, hat die christliche Gemeinde darüber diskutiert, ob es hier um eine uneingeschränkte Loyalitätsadresse an jedwede Obrigkeit geht, die der Gemeinde begegnet, oder ob es um eine konkrete Anforderung unter den Bedingungen einer Minderheitensituation in der Hauptstadt des Imperium Romanum geht.

Bis zum Zeitpunkt, in dem sich demokratische Verhältnisse zum Beispiel in Deutschland etabliert haben, in denen es ja konstitutiv dazu gehört, dass nicht mehr eine König oder Kaiser oder Diktator die politische Macht darstellt, hat dieser Abschnitt immer wieder für absolute christliche Staatstreue, ja für massive Propagierung eines Untertanengeistes herhalten müssen.

Klar ist aber, dass Paulus in diesem Abschnitt die Gemeinde in Rom in sehr grundsätzlicher Weise zur Loyalität gegenüber der römischen Staatsmacht auffordert. „Jede Person“ soll sich den Macht habenden staatlichen Gewalten unterordnen. Auf dieser Mahnung liegt das ganze Gewicht dieses Abschnittes. Und der Apostel begründet diese einleitende Mahnung dann im folgenden Satz ganz klar: „denn es gibt keine staatliche Gewalt außer von Gott; die es aber gibt, sind von Gott angestellt.“ Dieser Satz klingt fast so, als

wären die real existierenden politischen Machthaber in der Perspektive des Paulus eine Art Angestellte Gottes, die seinen Willen ausführen. Selbst wenn uns diese Vorstellung einigermaßen bizarr vorkommt, die Bundeskanzlerin als Angestellte Gottes anzusehen samt ihrem Kabinett, so steckt in dieser Formulierung doch ein kleines herrschaftskritisches Element. Während nämlich in der orientalisch-hellenistischen Umwelt die Vorstellung im Vordergrund stand, dass alle irdische Herrschaft einen göttlichen Ursprung habe und die Herrscher Gottessöhne seien, bleibt in der Formulierung des Römerbriefes der eigentliche Souverän Gott selbst.

Es mag ja unter Umständen Sinn machen in einem politischen Gemeinwesen, das vollkommen autoritär gestaltet ist - vielleicht erinnern Sie sich an die Darstellung des Kaiser Nero durch Peter Ustinov, der sogar ungehemmt seine Hauptstadt anzünden kann -, als eine notwendige Überlebensanweisung für eine kleine christliche Gemeinschaft so zu argumentieren; doch muss es auch erlaubt sein, den Apostel aufgrund unserer historisch-politischen Erfahrungen zu befragen, ob er sich wirklich der Gefahr bewusst war, mit einem solchen Satz jede tatsächliche politische Macht, wie immer sie auch zustande gekommen sein mag und wie immer sie sich verhält, theologisch zu rechtfertigen. Spätestens seit der Begegnung der christlichen Gemeinde mit den diktatorischen Mächten des Nationalsozialismus und des Stalinismus kann niemand von uns mehr diesen paulinischen Satz uneingeschränkt wiederholen.

Widerstand oder auch nur eine qualitativ begründete Kritik an den Machthabern, ist bei Paulus nicht vorgesehen. Der Normalfall für ihn besteht in der absoluten Loyalität. Die Auswirkungen einer solchen Tradition hat der Protestantismus in der Zeit des Nationalsozialismus schmerzlich erleben müssen. Wenn eine Kirche über Jahrhunderte eine solche Tradition pflegt, hat das lähmende Wirkung im Handeln gegen ein Unrechtsregime. Diejenigen, die gerade wegen ihres christlichen Glaubens und ihrer Bindung an den gekreuzigten Christus wie z.B. Dietrich Bonhoeffer oder Helmuth James von

Moltke sich dann für einen aktiven politischen Widerstand entscheiden, sind von ihrer Kirche, dem Großteil ihrer Glaubensgeschwister, in diesem Widerstand allein gelassen worden. Sie konnten nicht einmal darauf hoffen, dass ihre Kirche, ihre Geschwister, für sie beten.

Für den Apostel ging es in diesem Abschnitt seines Briefes um die Forderung nach Unterordnung. Und für ihn ist es ein sichtbares Zeichen dieser Unterordnung, der staatlichen Macht die entsprechenden Abgaben zu zahlen. Wer seine Steuern zahlt, dokumentiert damit, dass er die herrschende politische Ordnung anerkennt.

Allerdings formuliert der Apostel auch diesen Satz aus einem völlig anderen politischen Zusammenhang als heute. Während wir als christliche Gemeinde in der Bundesrepublik Deutschland nahezu ein konstitutiver Bestandteil unseres politischen Systems sind und viele unserer diakonischen Handlungsfelder und unserer Bildungsarbeit durch die Steuer, die unser Staat einnimmt, nahezu zu 100 Prozent finanziert werden, waren die Christen in Rom keineswegs gleichberechtigte Mitglieder des römischen Gemeinwesens. Sie brauchten deshalb auch keine Steuern zu zahlen – was vielleicht manchen von uns hier heute morgen als ein ganz attraktiver Sonderstatus erscheinen mag. Gleichzeitig bedeutete es jedoch auch, dass sie keine Vollbürger Roms waren und auch nicht in den Genuss der Fürsorge dieses Staates kamen.

Wenn wir über die Frage nachdenken, wie eigentlich das Verhältnis der Christen zum Staat biblisch begründet wird, dann ist es vielleicht erlaubt, den Apostel mit anderen Aussagen, die er in seinen Briefen formuliert hat, auch zu Wort kommen zu lassen. Für Paulus war die ganze Wirklichkeit ja ein zeitlich recht begrenzter Zustand. Der Einbruch des Reiches Gottes stand für ihn unmittelbar bevor und damit auch der radikale Zusammenbruch aller bestehenden politischen Verhältnisse. Unter dieser Voraussetzung ist die von ihm geforderte Loyalität gegenüber der staatlichen Gewalt die Loyalität der „Weltfremden“ und „Himmelsbürger“, und nicht die Loyalität der Angepassten, sondern der Unangepassten.

Von hier aus ist es dann nur noch ein kleiner und folgerichtiger Schritt, die Neujahrspredigt von Margot Käßmann wegen ihrer „naiven“ Vorstellungen und Erinnerungen an einen Frieden, der höher ist als alle rationale und politische Vernunft durchaus als Ausdruck der Loyalität der „Weltfremden“ und „Himmelsbürger“ gegenüber der staatlichen Gewalt zu verstehen. In einer Gesellschaft wie der unseren, in der die christliche Gemeinde überhaupt nur bemerkt wird, wenn sie eben trotz ihrer völligen Integration in die bestehenden Verhältnisse manchmal etwas aufblitzen lässt von ihrer Himmelsbürgerschaft, könnten die Sätze der ehemaligen Ratsvorsitzenden gerade Ausdruck einer spirituellen Kraft sein, die diese Welt mehr als alles andere im Moment dringend braucht – und damit wären sie dann wieder nichts anderes als vollkommen loyal.

Es gibt eine besondere Erzählung, in der die Utopie des gelingenden Lebens darin besteht, dass die Loyalität zu den geltenden Normen darin zum Ausdruck kommt, dass sie einfach auf den Kopf gestellt werden: Die Geschichte von Hans im Glück möchte versuchen, eine Antwort auf die Frage zu geben: Warum sind wir Christen da?

Hans tauscht zuerst seinen Klumpen Gold gegen ein Pferd ein, also gegen wachsende Mobilität; dieses Pferd dann gegen eine Kuh, um seinen Durst zu stillen – also gegen seine Mobilität; danach die Kuh gegen ein Schwein, um seinen Hunger zu stillen; dann das Schwein gegen eine Gans – den Hunger gegen Schlaf; die Gans gegen einen Wetzstein – also den Schlaf gegen Geld, um am Ende die Last des Steines bzw. des Geldes gegen eine umfassende Befreiung einzutauschen. Am Ende der Erzählung von Hans im Glück hat Hans eine große Freiheit und viel Zeit und das ist seine besondere Situation, die ihn vor allen anderen auszeichnet.

Die Botschaft des Evangeliums ist für uns als Christen unsere Hans-im-Glück-Geschichte. Wer sich in dieser Welt zum Gekreuzigten bekennt, kann den herrschenden Verhältnissen den größten Dienst dadurch erweisen, dass er sich in großer Loyalität von dem Leiden, das sie produzieren, anrühren lässt

und dann in ebenso großer Freiheit von dem spricht, was das Evangelium Frieden und Gerechtigkeit nennt. Das wird immer etwas anderes sein, als das, was die politisch Verantwortliche aus rationalen Gründen oder Gründen der Machterhaltung für opportun halten. Doch die größte Verantwortung, die wir als Christen unserem Staat, unserer Gesellschaft gegenüber haben, besteht doch darin, ihr die Botschaft des Evangeliums nicht zu verweigern. In diesem Sinne schenkt uns die Hoffnungsbotschaft der Jahreslosung 2010 eine große Freiheit und Gelassenheit: „Euer Herz erschrecke nicht – glaubt an Gott und glaubt an mich!“

Margot Käßmann hat ihre Neujahrspredigt mit einem Gedicht von Wolfgang Dietrich beschlossen:

Es ist ein Gesang in der Welt. Horcht doch!

Selbst die Sterne lauschen herab.

Der Gesang singt zum Leben.

Er nimmt sich Flügel und fliegt bis zum äußersten Ende der Erde.

Da heben die Trostlosen ihr Haupt.

Elende werden heimisch.

Waisen tragen königliche Kronen.

Und selbst aus verdorrten Bäumen weckt der Gesang unverwelkliche Blätter.

Als die Entwurzelten und wir wurzeln uns ein.

Als die Verdorrenden und wir treiben das Blatt.

Als die saftlosen und wir bringen die Frucht.

Als die Umherirrenden und uns grüßt der Stern.“

Das ist eine ganz eigene Melodie für unser Leben als Christen, die wir hören und unsere Hoffnung, auf die wir bauen, gerade auch dann, wenn wir uns in den Dialog mit den politischen Mächten unserer Zeit begeben. Amen.

Literaturhinweise (von Thorsten Jacobi):

Der Text der Dresdner Predigt:

www.ekd.de/predigten/2010/100101_kaessmann_neujahrspredigt.html

Margot Käßmann, Fantasie für den Frieden oder: Selig sind, die Frieden stiften, Edition chrismonmobil, 2010

Wie viel Religion verträgt das Land? – Debatten über das Kruzifix u.a.

Liebe Gemeinde,

wie viel Religion verträgt Deutschland? Liebe Gemeinde, noch vor wenigen Jahren wäre die Frage anders gestellt worden. Noch vor wenigen Jahren hätten die christlichen Kirchen und ihre Vertreter formuliert: Wie viel Religion braucht Deutschland, braucht dieses Land, um zu gedeihen? Und wie viel Religion brauchen die Menschen, um ihr Leben zu bewältigen und Krisen durchzustehen? Doch der Wind hat sich inzwischen gedreht. In der Öffentlichkeit wird gegenwärtig eher über das Andere diskutiert: Ob Religion nicht wesensmäßig dazu neigt, intolerant zu sein und Gewalt zu schüren. Ob Nichtreligiöse nicht stärker vor der Zumutung religiöser Symbole in öffentlichen Räumen geschützt werden müssen, in Klassenzimmern und Gerichtssälen. Und ob der Staat nicht deutlicher seine religiös-weltanschauliche Neutralität unter Beweis stehen sollte.

Zwei Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben zu diesen Fragestellungen Anlass gegeben: In der Bundesrepublik Deutschland gehört mittlerweile fast ein Drittel der Bevölkerung keiner Kirche an. Damit hat sich ein Anteil von Konfessionslosen herausgebildet, der im weltweiten Maßstab gesehen ungewöhnlich groß ist. Nur Großbritannien und Russland weisen ähnliche Größenordnungen auf. Nun kann man über die Religiosität der Konfessionslosen trefflich streiten. Vor allem über die Frage, wie viele von ihnen vielleicht doch insgeheim religiös sind. Seit der deutschen Wiedervereinigung gehören zu ihnen auf jeden Fall Bürgerinnen und Bürger aus der Ex-DDR, die in der Welt des christlichen Glaubens kaum verwurzelt sind. 68 % der Ostdeutschen gehören keiner Religionsgemeinschaft an. Nicht wenige unter ihnen halten Religion und Kirche nach wie vor für Instrumente der Volksverdummung. Im Westen sind etliche bereits Anfang der 70er Jahre aus der Kirche ausgetreten und haben ihre Nichtkirchlichkeit inzwischen an die nächste Generation weitervererbt. Aus meiner Zeit in Elsey weiß ich aufgrund von Nachfragen

unter gerade Ausgetretenen, dass die allermeisten nicht allein wegen der Kirchensteuer austraten, sondern in der Regel auch, weil Religion in ihrem Leben keine Rolle spielte. Nicht wenige suchen ihr Heil in der Esoterik, in fernöstlicher Weisheit oder auch in neuheidnischen Naturreligionen: „Odin statt Jesus“ las ich vor kurzem auf einem Auto. Kein Zweifel: Die christlichen Kirchen befinden sich in der Krise, nicht nur in einer Finanz- und Strukturkrise, sondern auch in einer Akzeptanzkrise. Doch im Gegenzug dazu ist das Thema „Religion“ in der Öffentlichkeit auffallend präsent. Ich denke dabei gar nicht so sehr an Schlagzeilen, die die Kirchen selbst produzieren: etwa zu Verhaltensweisen kirchenleitender Persönlichkeiten oder zum Eheverbot für Priester. Ich denke mehr an die Schlagzeilen, die aus der Politik und dem Bereich der Rechtssprechung stammen. Hier kommen verstärkt und vermehrt religiöse Themen zur Sprache. Ich rufe einige Beispiele in Erinnerung:

- Ø Zunächst die Kritik der Kirchen am Land Berlin, das Religionsunterricht nur noch als freiwillige Ergänzung zum staatlichen Pflichtfach Ethik gelten lässt sowie die zahlreichen Kontroversen um die verkaufsoffenen Sonntage. In solchen Debatten spiegelt sich der Umstand wider, dass in manchen Gegenden die Zahl der Kirchenmitglieder stark vermindert und der Einfluss der Kirchen schwächer geworden ist. Natürlich hat das Folgen für die Bewahrung einer christlich verwurzelten Feiertagskultur. Das hat auch Folgen für die Vermittlung von Werten sowie für die Weitergabe kultureller Kenntnisse an die nächste Generation.
- Ø Ich erinnere ferner an Diskussionen, die sich an folgenden Fragen entzündet haben: Dürfen nichtchristliche Schüler in einem Klassenraum dazu genötigt werden, auf ein Kruzifix zu schauen? Gehört das Kreuzzeichen in einen öffentlichen Gerichtssaal? Beide Fragen berühren das Recht auf Religionsfreiheit. Dieses Grundrecht meint zunächst das positive Recht, seine Religion frei ausüben zu dürfen. Es umfasst aber auch das Umkehrrecht, nicht religiös zu sein und sich von Religion nicht vereinnahmen zu lassen.

- Ø Das nächste Beispiel betrifft den Umstand, dass stark religiös gebundene Menschen auch auf Gegenkurs zur offenen Gesellschaft gehen können: So weigerten sich freikirchlich orientierte Eltern in Württemberg, ihre Kinder in öffentliche Schulen zu schicken. Sie fürchteten einen verderblichen Einfluss auf ihre Kinder. Eine in Eigenregie geführte Privatschule wurde staatlicherseits nicht anerkannt, ein grundsätzliches Recht auf häusliche Beschulung gibt es nicht. Den renitenten Eltern wurden Geldstrafen angedroht. Einige Mütter sind mit ihren Kindern nach Österreich geflohen, eine Familie hat in den USA um Asyl gebeten.
- Ø Schließlich hat der Zustrom von muslimischen Einwanderern der deutschen Öffentlichkeit einige Kontroversen beschert: Darf eine muslimische Lehrerin vor der Schulklasse ein Kopftuch tragen? Hat ein muslimischer Schüler das Recht auf einen Schulraum, um seine Tagesgebete ungestört verrichten zu können? Wie hoch dürfen Minarette, wie laut Gebetsrufe sein? Sind Kirchenglocken mit Rufen des Muezzin gleichzustellen oder sind sie doch etwas anderes? Bleibt das Kopftuch verboten, darf dann auch eine Nonne nicht mehr in Ordenstracht vor eine Schulklasse treten? Darf man Witze über den Papst machen, aber keine Karikaturen über Mohammed veröffentlichen?

Muslime machen inzwischen einen Bevölkerungsanteil von 4 % aus. Das ist weniger, als viele glauben. Doch hat gerade der Islam die Frage nach der Sichtbarkeit von Religion im öffentlichen Raum verschärft. Selbst das strenggläubige Christentum hält seine Anhänger dazu an, ihre Religion vornehmlich *in* sich zu tragen. Der konservative Islam hingegen legt Wert darauf, die Religion auch *um* sich zu haben, etwa in der Art der äußeren Bekleidung.

Wie viel Religion verträgt nun unser Land? Ein Land, das in jeder Hinsicht religiös bunter geworden ist. Allein in NRW leben Menschen in 228 verschiedenen Glaubensgemeinschaften. Viele gehören aber auch keiner von diesen an. Das macht manche Dinge kompliziert. Gerichte sehen sich mittlerweile veranlasst, theologische Urteile abzugeben, etwa zu der Frage, ob Kreuz und Kopftuch religiöse oder eher kulturelle Phänomene seien. Nicht wenige,

darunter entschiedene Islam-Kritiker, empfehlen, französische Verhältnisse einzuführen, das heißt, Religion aus der Öffentlichkeit zu verbannen und ganz in den Raum des Privaten abzudrängen. Ist das der Königsweg für unsere Gesellschaft im 21. Jahrhundert? Würde unsere Gesellschaft wirklich davon profitieren?

Liebe Freunde, die Welt ist bunter geworden, sie macht das Zusammenleben Menschen unterschiedlicher Prägung in vielfacher Hinsicht komplizierter. Religion wird von einigen Zeitgenossen als ausgesprochener Störfaktor, als Problem für ein harmonisches Gesellschaftsmodell angesehen. Sie verweisen auf die Geschichte Europas, in der Religionskriege viel Elend verursacht hätten. Erst Aufklärung und Säkularisierung hätten Religion wirksam zähmen können, indem man sie in die abgeschirmte Privatsphäre verbannte. Diese Entwicklung habe eine offene, liberale Gesellschaft ermöglicht, in der freie Meinungsäußerung und Vernunft dominierten. Religiös motivierte Gewalt auf der ganzen Welt zeige, dass der jüngste Bedeutungsgewinn von Religion in der deutschen Öffentlichkeit mit größter Skepsis betrachtet werden müsse. Religion mit ihren vordemokratischen Werten passe nicht in das Erscheinungsbild einer modernen Gesellschaft, so der Chor der Kritiker.

Den Vertretern solcher Auffassungen fällt es nicht schwer, Gehör zu finden: Einer Studie von 1998 zufolge sind mehr als zwei Drittel aller Europäer der Meinung, dass Religion „intolerant sei“. Mehr als die Hälfte teilt die Ansicht, Religion „erzeuge Konflikte“. In dieses Bild gehört auch die Tatsache, dass ein ausdrücklicher Verweis auf Gott keinen Eingang in die Verfassung Europas gefunden hat. Also noch einmal die Frage: Gehört Religion in den Bereich des Privaten? Darf Religion nur noch der Befriedigung persönlicher Bedürfnisse dienen? Meine Antwort darauf lautet: Es wäre nicht möglich und es wäre nicht gut, nicht gut für die Menschen, ob religiös oder nicht, es wäre nicht gut für die Gesellschaft, nicht gut auch für den Staat.

Zunächst zu dem Aspekt ‚es wäre nicht möglich‘. Alle drei Schriftreligionen, Christentum, Islam und Judentum verstehen sich als prophetische Religionen.

D.h. sie verfügen über Botschaften, die nach außen drängen und bewusst die Öffentlichkeit suchen. Zumindest Christentum und Islam haben den ausdrücklichen Auftrag, ihre Botschaften in die Welt zu tragen, die sie umgibt. Schon bei Matthäus lesen wir, dass nichts verborgen ist, was nicht offenbar werden wird, dass nichts geheim ist, was nicht bekannt werden wird.

Der Evangelist lässt Jesus sagen: *„Was ich euch im Dunkeln sage, das sagt im Licht. Und was ihr ins Ohr geflüstert bekommt, das ruft aus auf den Dächern. Jeder nun, der sich vor den Menschen zu mir bekennt, zu dem werde auch ich mich bekennen vor meinem Vater im Himmel.“* Mtev 10,26f.32

Der christliche Glaube versteht sich also von Anfang an als ein der Welt zugewandter Glaube. Er sucht die Öffentlichkeit, den gesellschaftlichen Raum und ist interessiert daran, die Welt mitzugestalten. Er kann gar nicht anders, als aus der privaten Nische hervorzutreten, da ihm die Welt, die ihn umgibt, nicht gleichgültig ist.

Es wäre nicht möglich und es wäre nicht gut, Religion ins Private zu verdrängen. Es wäre nicht gut für die Gesellschaft, in der wir leben. Die Gesellschaft, das ist die Größe zwischen den einzelnen Bürgern und dem Staat. Diese Gesellschaft ist zutiefst angewiesen auf Formen öffentlicher Religion. Die Bürgergesellschaft braucht die moralischen Ressourcen, über die Religion verfügt, die Fähigkeit zur ethischen Reflexion. Die Bürgergesellschaft braucht den Willen von Religionsgemeinschaften, Menschen zu sozialem Engagement zu aktivieren. Hochreligiöse engagieren sich ehrenamtlich doppelt so häufig wie Nicht-Religiöse. Die Gesellschaft benötigt die Solidarität, zu der Religion fähig ist, unter ihren eigenen Anhängern, aber auch im Blick auf Notleidende, die der eigenen Glaubensgemeinschaft fern stehen. Die Gesellschaft braucht das Netzwerk, die Infrastrukturen, die religiöse Organisationen bereit halten: zur Begegnung und zur Betreuung, für die Bildung sowie für kulturelle Betätigungen. Die Bürgergesellschaft ist angewiesen auf eine religiöse Sprache, die menschliche Grundfragen artikulieren kann. Die Gesellschaft braucht religiöse Orte, die eine geistliche Ausstrahlung haben dienen und der Verständigung über das dienen, was gültig bleibt und gelten soll.

Nicht umsonst finden nach Katastrophen immer wieder Trauergottesdienste in Kirchen statt. Schließlich braucht die Bürgergesellschaft auch die Mahnungen und den Protest der Religion, ihre geistige Unabhängigkeit gegenüber wirtschaftlichen Zwängen, ihre Widerstand gegen Ungerechtigkeit und Solidaritätsentzug. Die Vernunft alleine findet immer Argumente, um auch das Unmögliche noch zu rechtfertigen. Deshalb ist auch eine demokratische Gesellschaft auf den Einspruch angewiesen, auf eine Form organisierter Unangepaßtheit. Die kann auch die Weigerung beinhalten, sich nicht der Mehrheitsmeinung anzuschließen.

Nein, die Religion ins Private abzudrängen, wäre nicht gut. Auch nicht für den Staat. Denn der Staat, so heißt es, lebt von ideellen Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Als demokratischer Rechtsstaat ist er angewiesen auf eine Gesellschaft, die Demokratie und Solidarität auch lebt und die dazu noch kritisch und wachsam ist. Will der Staat ein solche Gesellschaft haben, muss er sie fördern und damit auch die Religion, die Beiträge zu dieser Gesellschaft leisten will. Der Staat sollte sich daher in seinem eigenen Interesse als ein *religionsfreundlicher* Staat verhalten. Wie das im Einzelnen aussehen kann, darauf haben die Länder Europas ganz unterschiedliche Antworten gefunden, vom französischen Modell über den deutschen Mittelweg bis hin zum Staatskirchentum Skandinaviens. All diese Modelle sind freilich in Bewegung gekommen und werden sich weiter wandeln. So ist die französische Trennung von Staat und Religion längst nicht mehr so streng wie vor 100 Jahren. Gerade der Blick hinüber zum Nachbarn zeigt, dass der Staat auch *religionsbewußt* sein sollte. Religionsbewußt in dem Sinne, dass er sich dem Thema Religion nicht verschließt. Dass er die Kooperation mit den Religionsgemeinschaften sucht und sie in die Fortentwicklung der Gesellschaft mit einbindet. Die deutsche Islamkonferenz auf Einladung des Bundesinnenministers ist ein solches Instrument zu diesem Zweck. Ein religionsbewußter Staat hält Kontakt zu den im Lande ansässigen Religionsgemeinschaften, er wacht über ihr verfassungskonformes Verhalten und schützt das Recht auf freie Religionsausübung. Ein religionsbewußter Staat wird behutsam und

sensibel mit Konflikten umgehen, in denen religiöse Symbole und Überzeugungen eine Rolle spielen.

Und die Kirche, speziell unsere evangelische? Ich denke, sie hat zur Kenntnis zu nehmen, dass der allgemeine Bedeutungsgewinn, den Religion zu verzeichnet hat, die fortschreitende Entkirchlichung nicht aufhalten wird. Die Mitgliederzahlen werden weiter sinken, Ressourcen werden zurückgehen und Strukturen abgebaut werden. Anzeichen für einen Gegentrend sind zur Zeit nicht in Sicht. Gleichwohl sind in der Öffentlichkeit Stimmen evangelischer Christen weiterhin gern gehört: ob es sich dabei um Persönlichkeiten wie Joachim Gauck handelt oder um Margot Käßmann, um Peter Hahne oder um Henning Scherf. Zu guter Letzt noch ein Wort zum Streit um das Kreuz in öffentlichen Räumen: Für die Kirche wird es in Zukunft wichtig werden, bei solchen Streitfragen zu unterscheiden zwischen Kirchlichkeit und Zivilreligion. Ein Kreuz im öffentlichen Raum repräsentiert nämlich weder ein kirchliches Symbol noch ist es Teil eines rein kulturellen Erbes. Das Kreuz ist in unserem Land vielmehr zu einem zivilreligiösen Zeichen geworden. Zivilreligiös bedeutet, dass der Staat sich dieses Zeichens bedient, um eine Aussage über sich selber zu machen. Mit dem Kreuz bekennt der Staat seinen Willen zur Selbstbegrenzung. Zivilreligiös gesehen steht das Kreuz dafür, dass das Leben mehr ist als Leistung und Konkurrenz und anderes meint als den Sieg der Starken auf Kosten von Schwachen. Mit dem Kreuz im öffentlichen Raum zeigt sich der Staat bereit, diese andere Dimension des Lebens anzuerkennen. Werden Kreuze entfernt, so werden weder das kulturelle Erbe des Abendlands noch das Christentum in Frage gestellt. Die Kirche muss es aushalten, dass der Staat über sein öffentliches Erscheinungsbild selbst befindet. Wie viel Religion Deutschland verträgt, das steht eben in der Entscheidung vieler und wird immer wieder Gegenstand von Debatten sein. AMEN.

Literaturhinweise:

Rolf Schieder, *Wieviel Religion verträgt Deutschland?*, edition suhrkamp 2001

Paul Nolte, *Religion und Bürgergesellschaft. Brauchen wir einen religionsfreundlichen Staat?*, berlin university press 2. Aufl. 2010

José Casanova, *Europas Angst vor der Religion*, berlin university press 2009

Predigt über Lukas 21,28 – 2. Adventssonntag 06.12.2009

Seht auf und erhebt eure Häupter, weil sich eure Erlösung naht.

Liebe Gemeinde, jede Zeit hat ihre Erlösungsträume. Die Menschen zur Zeit des Neuen Testaments, sie suchten der Vergänglichkeit zu entkommen, dem ewigen Tod. Von ihm wollten sie erlöst werden, wollten verwandelt werden zu einem Leib, der ewig ist. Die Menschen der Antike hofften auf Jesus, von dem es hieß, er habe dem Tode die Macht genommen, das Leben und ein unvergängliches Wesen ans Licht gebracht. Erlösung hieß, der Auflösung seiner selbst zu entkommen. Im Mittelalter verstanden die Menschen unter Erlösung etwas ganz anderes. Sie suchten der Strafe für ihre Sünden zu entkommen, der drohenden Verdammnis. Vor ihr wollten sie bewahrt werden, wollten befreit werden von der Last der Schuld, gereinigt werden vom Schmutz der Sünde. Die Menschen hofften deshalb auf Jesus, von dem es hieß, er habe die Sünden der ganzen Menschheit auf sich genommen und die Schuld getilgt, die auf ihr lastete. Durch sein Opfer habe er die große Entsöhnung bewirkt. Erlösung hieß also, der ewigen Höllenpein zu entkommen. Und heute? Seht auf und erhebt eure Häupter, weil sich eure Erlösung naht: Wie hören wir dies heute? Was erwarten Menschen unserer Zeit von ihrer Erlösung? Was ist Erlösung für eine Bezieherin von Arbeitslosengeld II? Eine alleinerziehende Mutter, die man in den einschlägigen Billigmärkten trifft, die abgekämpft wirkt, verfettet ist und ohne Kraft, sich um sich selbst zu kümmern, geschweige denn um die drei Kinder, die meistenteils sich selber überlassen sind? Eine Frau mit abgebrochener Lehre und einer viel zu frühen ersten Schwangerschaft? Im schäbigen Vorort ist sie zuhause, dort, wo die Straßen dreckig, die Häuser mit Grafitti beschmiert und die Haltestellen verwüstet sind. Sieh auf, Frau, und erhebe dein Haupt, weil sich deine Erlösung naht. Doch was kann, was sollte Erlösung sein, für diese namenlose Frau, bei der der Fernseher rund um die Uhr läuft, das meiste Geld für Zigaretten und Katzenfutter draufgeht?

Was könnte Erlösung sein für Jochen, einen Mittvierziger ohne Job? Jochen wurde, wie es so schön heißt, freigesetzt, nachdem eine Unternehmensberatung seine frühere Firma durchkämmt hatte. Jochen landete auf der Straße, nicht weil er sich etwas hatte zu schulden lassen. Er hatte sich auch nicht zu wenig eingesetzt, war nicht wegen fehlendem Erfolg oder unzureichender Qualifikation entlassen worden. Sein Arbeitgeber hatte sich lediglich ein „neues Marktprofil“ geben wollen und dazu eine Abteilung geschlossen. Die Abteilung von Jochen. Dem Verlust des Jobs folgte dann die Trennung von seiner Frau. Sie war dahinter gekommen, dass Jochen seit Jahren ein Verhältnis mit einer Kollegin gehabt hatte. Mit der Trennung brach nicht nur die Ehe auseinander, sondern auch und vor allem die Finanzierung des gemeinsamen Eigenheimes zusammen, ein Haus, das natürlich auf Jochens Namen eingetragen war. Seitdem wurde Jochen alles zu viel. Seitdem redet er zuviel, trinkt er zuviel und schwitzt er zuviel. Sein Fallmanager bei der Arge sieht wenig Chancen, ihn erfolgreich zu vermitteln. Seine Trinkfreude wird ihm als Alkoholproblem ausgelegt. Sieh auf, Jochen, und erhebe dein Haupt, weil sich deine Erlösung naht. Doch was kann Erlösung sein für ihn und die vielen anderen Tausend, die eine ähnliche Geschichte aufweisen mit Freisetzung, Scheidung und Verschuldung?

Heinz, 63 Jahre alt, seit 5 Jahren im Vorruhestand, Sozialplan, ausgeschieden von jetzt auf gleich. Heinz drückt sich neuerdings im Baumarkt herum. Hält man sich zulange vor den Regalen in der Bad- und Sanitärabteilung auf, kommt Heinz und spricht einen an. Denn Heinz kennt sich aus: mit Anschlüssen und Verschlüssen, mit Muffen und Düsen, mit Kränen und Hähnen. Er kennt die Vorteile und die Nachteile aller gängigen Produkte. Kein Wunder, schließlich hat er 30 Jahre in einer Armaturenfabrik gearbeitet. Ihm macht keiner was vor. Und Heinz lässt keine Gelegenheit aus, sein Expertentum unter Beweis zu stellen, unaufgefordert, versteht sich. Doch Heinz hat Glück. Der Leiter des Baumarkts lässt ihn gewähren. Noch hat sich kein Kunde beschwert. Er weiß, Heinz ist harmlos, Heinz meint es gut. Heinz ist im Vorruhestand. Und wenn er nicht hier ist und die Kunden anquatscht, wenn er ihnen

nicht seine kompetente Beratung aufnötigt, dann fällt Heinz die Decke auf den Kopf. Zuhause nämlich, in der Wohnung, die seit dem Krebstod seiner Frau so leer und still geworden ist.

Liebe Gemeinde, der Frau aus dem Vorort, dem trinkfreudigen Jochen und dem einsamen Heinz, ihnen allen fehlt vieles. Und es kann sein, dass dem einen etwas anderes fehlt als dem anderen. Was ihnen und vielen anderen in unserer Zeit jedoch oft am meisten fehlt, ist Anerkennung. Eine Anerkennung, die unabhängig ist von dem, was Menschen sonst Anerkennung verschafft. In unserer Arbeitsgesellschaft erlangen Menschen in der Regel Anerkennung durch Arbeit, durch ihre berufliche Tätigkeit, durch bezahlte Leistung. Die Anerkennung wächst, wenn zum Beruf auch noch andere Tätigkeiten hinzukommen: das Großziehen von Kindern oder die Mitarbeit in einem Verein. Doch ohne Beruf ist es schwer, Anerkennung zu finden. Eine Mutter in der Elternzeit, die ihre Kinder versorgt und erzieht, die wird ja nicht zufällig gefragt: Arbeiten Sie schon wieder oder sind Sie noch zu Hause? Als ob Hausfrau und Mutter zu sein keine Arbeit wäre! Nein, in der Arbeitsgesellschaft zählt eben nur der, der einer Erwerbsarbeit nachgeht. Doch was wird aus der Anerkennung, wenn der Arbeitsgesellschaft die bezahlte Arbeit ausgeht? Wenn Menschen aus dem System der Hochproduktivität herausfallen, wegen Jobverlust, Krankheit oder Alter? Was wird aus der Anerkennung, wenn man sich überflüssig oder abgehängt fühlt? Wenn man zwar noch arbeitet, aber nichts dafür bekommt? Oder so wenig, dass der Sozialstaat noch draufsatteln muss, damit es einigermaßen reicht?

Liebe Gemeinde, dass die soziale Ungleichheit immer weiter zunimmt, trifft zu und ist beunruhigend genug. Dass die berühmte Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht, ist aber nichts Neues. Neu ist, dass in unserer Gesellschaft die Chancen auf den sozialen Aufstieg sinken und die Risiken, sozial abzustiegen, rapide zugenommen haben. Der alte Grundsatz „Leistung gegen Teilhabe“ gilt nicht mehr. Es gibt immer mehr Menschen, die etwas können, was keiner mehr braucht, die etwas denken, was keiner wertschätzt,

die etwas fühlen, was keinen mehr kümmert. Ich rede von den Aussortierten, den Ausgegrenzten, den Abgeschobenen und Desintegrierten. Ich rede von denen, die das Stigma des Randständigen schon von ihren Eltern geerbt haben, aber auch von denen, die unversehens aus der gesicherten Mittelschicht ins Bodenlose gefallen sind. Ich rede von den Überflüssigen und Entbehrlichen, die sich am falschen Ort befinden, weil dort alte Industriezweige zusammengebrochen sind. Ich rede von denen, die den verkehrten Beruf ergriffen haben, weil ihn jetzt niemand mehr nachfragt. Ich rede von denen, die ein zu hohes Alter aufweisen, um noch personalpolitisch interessant zu sein. Ich rede von den Verlierern und Underdogs, die in der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht angekommen sind, sprachlich, kulturell und emotional. Die keinen Schulabschluss haben, keine richtige Berufsausbildung und damit keine Perspektive. Keine reguläre Beschäftigung bedeutet kein ausreichendes Einkommen, bedeutet keine gesunde Ernährung, keine ausreichende Kranken- und Rentenversicherung, keine dauerhaften Sozialbeziehungen, kein Interesse an Politik, die Liste lässt sich beliebig verlängern. Ich rede nicht von den 5 Prozent der Verachteten, nicht von den Wohnungslosen, die dem Alkohol verfallen sind, nicht von den psychisch Verformten, nicht von den Suchtkranken, die schon als Jugendliche in eine bestimmte Szene geraten sind. Ich rede nicht von einigen Zehntausend verlorener Existenzen. Ich rede von Millionen Ausgeschlossener: von Kindern, die in Verhältnissen aufwachsen, in denen es für keinen Urlaub, für keinen Musikunterricht und nicht einmal für Fußballschuhe reicht. Ich rede von jungen Leuten, die sich nur mit Gelegenheitsjobs durchschlagen, von Frauen und Männer, die als Scheinselbständige ein kümmerliches Dasein fristen, die als Zeitarbeiter ohne soziale Rechte sind. Ich rede von Minijobbern und Hartz-IV-Aufstockern, für die es kaum zum Leben reicht. Ich rede schließlich von alten Leuten, die sich verschämt in ihre kleine Wohnung zurückgezogen haben und im Grunde bloß noch aufs Sterben warten.

Ihnen allen gilt genauso wie uns, den Etablierten und Versorgten, den Qualifizierten und Gefragten, den Angesehenen und Gutsituierten derselbe Aufruf:

Seht auf und erhebt eure Häupter, weil sich eure Erlösung naht. Doch die meisten der vorhin Genannten hören diesen Ruf nicht mehr. Sie stehen uns und dieser Botschaft mittlerweile zu fern. Sie sind nicht nur materiell abgekoppelt vom Rest der Gesellschaft. Sie gehören auch kulturell und religiös zu den Vergessenen, sind allenfalls noch gut für die statistische Erfassung und das Erstellen von Milieustudien. Es geht nicht nur ein tiefer Riss durch unsere Gesellschaft. Zwischen den gutgestellten Zweidritteln und dem prekären Restdrittel gähnt ein tiefer und breiter Graben. Ein Graben, der sich nicht mehr durch Umverteilung auffüllen lässt. Ihn wird kein sozialstaatlicher Zuwendungsregen mehr zum Verschwinden bringen. Das führt bei einigen dazu, sich mit dem Graben abzufinden. Mehr noch, es wird offen empfohlen, auch das Schlagen von Brücken lieber sein zu lassen. Unter den Zweidritteln wächst die Bereitschaft, das andere Drittel ausgeschlossen zu halten. Neobürgerliche Vordenker fürchten, die Armen könnten sonst die Reichen ausbeuten, sie ruinieren mit steigenden Sozialkosten. Diese Vordenker führen kluge Argumente dafür an, warum Ausgeschlossene ausgeschlossen gehören, versuchen Nichtintegrierten nachzuweisen, dass sie prinzipiell integrationsunwillig sind und kündigen ihnen jede Solidarität auf. Sie erziehen damit dem Restdrittel genau das, was es am meisten braucht, nämlich die Anerkennung. Die Anerkennung als Menschen, die ein Recht auf Chancengleichheit und auf Solidarität haben, die ein Recht auf Bildung und Teilhabe, auf Förderung und Unterstützung haben, schließlich auch ein Recht auf Würdigung ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse. Alles große Worte, ich weiß, alles Parolen, die in Schule und Berufsausbildung, in Unternehmen und Ämtern, in Vereinen und Familien in ganz kleiner Münze ausgezahlt werden müssen. Vom Predigen alleine wird der tiefe, breite Graben der Entsolidarisierung nicht kleiner. Was wir heute Morgen haben, ist eben nur ein Aufruf, ein Zuspruch Gottes für alle, die auf Anerkennung aus sind oder um sie bangen müssen: Seht auf und erhebt eure Häupter, weil sich eure Erlösung naht. Es könnte ja sein, dass in Hohenlimburg das Christkind nicht vollständig der Verkitschung anheim fällt, dass Krippe und Stall nicht völlig als harmlos-hübsche Dekorations-

objekte enden. Es kann ja sein, dass sich Krippenkind und Stall noch etwas von ihrer Ursprünglichkeit bewahren, im überbordenden Lichtermeer noch in ihrer eigentlichen Aussageabsicht erkennbar bleiben. Denn wenn der Prophet Jesaja im himmlischen Vater von alters her „unseren Erlöser“ erblickt, und wenn Lukas uns auffordert, mit erhobenem Haupte auf die Erlösung zu schauen, die uns entgegenkommt, dann könnten wir noch einen Gott erkennen, der uns die nötige Anerkennung entgegenbringt. Denn Gott erkennt uns an, indem er sich uns gleich macht. Der nicht nur in unsere Welt kommt, wie der reiche Onkel aus Amerika, sondern der unsere Lebensnöte mit uns teilt, der namenlosen Frau ein verlorenes Kind, dem Jochen ein König ohne Obdach und dem Heinz ein armer Wicht wird. Und dies alles nicht bloß aus purem Mitleid, sondern als Zeichen seiner Anerkennung. Es naht sich uns ein Gott, der nicht als Kaiser auf die Welt kommt, der nicht als Topmanager in die Geschichte eingeht. Er kommt als hilfloses Kind in einem ärmlichen Stall zur Welt. Er kommt in die Welt eines Paares, das sich fremd geworden ist, wo sich der Mann bereits mit Trennungsgedanken trägt. Er kommt zur Welt in einem schäbigen Ort, der nur noch von seiner glorreichen Vergangenheit lebt. Er kommt zu einer Zeit, in der alle Welt geschätzt werden soll, aber nicht aufgrund von Gaben, die Menschen haben, sondern aufgrund von Einnahmen und Steuern, die sie zu zahlen haben. Seht auf und erhebet eure Häupter, weil die Anerkennung unseres Gottes eure Erlösung ist. AMEN.

Literaturhinweis:

Heinz Bude, Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, Hanser 2008